

Verhaltenes Wirtschaftswachstum – WIFO etwas optimistischer als Europäische Kommission und Währungsfonds

Das WIFO prognostiziert für Österreich im Durchschnitt der Periode 2014/2018 ein Wirtschaftswachstum von real 1,8% p. a. Diese Rate ist geringer als vor der Wirtschaftskrise. Die Prognose basiert auf der Annahme einer dauerhaft verringerten Risikobereitschaft der Unternehmen und einem Abbau der Staatsverschuldung unter schwierigen europäischen Rahmenbedingungen. Das Wachstum wird in Österreich auch in den nächsten fünf Jahren höher sein als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+1,5% p. a.). Die WIFO-Prognose ist etwas höher als jene der Europäischen Kommission (2013 +0,4%, 2014 +1,6%, 2015 +1,8%) und des IWF (2013 +0,4%, 2014 +1,6%, 2018 +1,4%). Der Wachstumsvorsprung, der letzten 15 Jahre basiert u. a. auf der Nähe zu den stark wachsenden Märkten in Ost- und Südosteuropa und der damit verbundenen kräftigen Exportausweitung, der Zunahme des Arbeitskräfteangebotes und der Steigerung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben in den letzten Jahren. Dennoch bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt angespannt: Zwar nimmt die Beschäftigung um 0,8% p. a. zu, die Arbeitslosenquote erhöht sich aber bis zum Jahr 2015 auf 7,9% und geht bis zum Ende der Prognoseperiode nur langsam auf 7,7% zurück.

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die österreichische Wirtschaft baut bis zum Jahr 2014 auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom 4. Oktober 2013 auf. Die ergänzende mittelfristige Vorausschau für die Jahre 2015 bis 2018 basiert auf der WIFO-Einschätzung zur mittelfristigen Entwicklung der internationalen Konjunktur¹⁾ und wurde mit dem WIFO-Makromodell auf Wunsch des Bundesministeriums für Finanzen außerhalb des üblichen Prognoserhythmus erstellt und diesem am 11. Oktober 2013 übermittelt. Diese mittelfristige Prognose diene als Grundlage für die systematische Evaluierung der in den nächsten fünf Jahren zu erwartenden Einzahlungen und Auszahlungen des Bundes durch das Bundesministerium für Finanzen ("Kassasturz").

Die mittelfristige WIFO-Prognose wurde damit vor Kenntnis der Ergebnisse dieser Evaluierung verfasst. Daher bilden die Prognoseannahmen für den Sektor Staat einen veralteten Informationsstand ab. Insbesondere die in der Prognose aufgezeigte Entwicklung der Budgetsalden (Erreichung eines ausgeglichenen Budgetsaldos 2018 sowie Einhaltung der Vorgaben

¹⁾ Schiman, St., "Pro-Kopf-Wachstum nur in den USA höher als vor der Krise. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2018", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(10), <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46976>.

der Schuldenbremse 2017), die sich an den Vorgaben des Österreichischen Stabilitätsprogrammes 2012-2017 vom 16. April 2013 orientiert²⁾, ist angesichts des Ergebnisses der Evaluierung ohne weitere Maßnahmen zur Gegensteuerung durch die neue Bundesregierung nicht realisierbar.

Ohne weitere Konsolidierungsschritte sowie wachstums- und beschäftigungsstärkende Maßnahmen werden sowohl das Maastricht-Defizit als auch der strukturelle Budgetsaldo und die Schuldenquote deutlich höher ausfallen als in dieser mittelfristigen WIFO-Prognose aufgezeigt. Nach den derzeit vom BMF erstellten und in der Regierung koordinierten Berechnungen dürfte das strukturelle (konjunkturbereinigte) Defizit in der Periode 2014 bis 2018 kumuliert um 18,4 Mrd. € höher sein.

Die Regierung und die Teilnehmer der Koalitionsverhandlungen haben allerdings die Absicht bekundet, durch Konsolidierungsmaßnahmen das strukturelle Haushaltsdefizit bis 2016 in Richtung von 0,5% des Bruttoinlandsproduktes zu senken, um den Vorgaben des Österreichischen Stabilitätsprogrammes 2012-2017 zu entsprechen. Die Struktur der Konsolidierungsmaßnahmen und ihre zeitliche Verteilung können Einfluss auf das kurz- und mittelfristige Wirtschaftswachstum haben. Derzeit (15. November 2013) liegen dafür allerdings weder konkrete Konsolidierungsmaßnahmen noch ein Zeithorizont vor. Das WIFO beabsichtigt, die Auswirkungen etwaiger Konsolidierungsmaßnahmen bzw. der neuen Schätzungen des Finanzministeriums zu Einzahlungen und Auszahlungen auf haushaltspolitische und makroökonomische Kennzahlen in seiner nächsten kurzfristigen Prognose im Dezember 2013 zu berücksichtigen. Nach Vorliegen eines Regierungsprogrammes werden die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des konkreten Maßnahmenbündels und der ersten Umsetzungsschritte abgeschätzt.

Verhaltenes Wirtschaftswachstum – kaum Verringerung der Arbeitslosigkeit

In den 15 Jahren seit der Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wuchs das reale BIP in Österreich deutlich rascher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+1½ Prozentpunkt p. a.), und auch der Abschwung im Rezessionsjahr 2009 fiel in Österreich schwächer aus. Nach der Wachstumsdelle von Ende 2012 bis Mitte 2013 dürfte die österreichische Wirtschaft über den Prognosezeitraum 2013/2018 um 1,8% p. a. expandieren. Damit wird ein positives Wachstumsdifferential gegenüber dem Euro-Raum von durchschnittlich ¼ Prozentpunkt p. a. erhalten bleiben. Dieser anhaltende Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euro-Raum hat verschiedene Ursachen:

- Die Volkswirtschaften der EU-Länder in Ostmitteleuropa und Südosteuropa dürften in den kommenden Jahren wieder stärker wachsen (*Schiman, 2013*). Österreichische Un-

²⁾ Bundesministerium für Finanzen, Österreichisches Stabilitätsprogramm. Fortschreibung für die Jahre 2012 bis 2017, Wien, 2013, https://www.bmf.gv.at/wirtschaftspolitik/in-oesterreich/StaPro_2012-2017.pdf?3vttn20

ternehmen sind auf diesen Märkten gut positioniert und werden von der Erholung in diesem Wirtschaftsraum überdurchschnittlich profitieren.

- Während im Euro-Raum (–0,3% p. a.) die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bereits schrumpft, wird sie in Österreich im Prognosezeitraum gemäß der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria noch leicht zunehmen (+0,1% p. a.).
- In Österreich wurden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung seit 1995 um 1,2 Prozentpunkte auf 2,75% des BIP im Jahr 2011 ausgeweitet; Österreich gehört innerhalb des Euro-Raumes (2,1% des BIP, +0,3 Prozentpunkte) mittlerweile zu den forschungstärksten Ländern. Diese Entwicklung sollte die Innovationskraft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit mittelfristig weiter stützen.
- Da die Staatsverschuldung in Österreich unterdurchschnittlich ist, ergibt sich im Durchschnitt der Periode 2013/2018 ein geringerer Konsolidierungsbedarf mit potentiell schwächeren nachfragedämpfenden Auswirkungen.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden sich dank günstiger Finanzierungsbedingungen und steigender Absatzerwartungen im Außenhandel erholen. Das Bevölkerungswachstum und der Anstieg der Zahl der privaten Haushalte sowie die Konjunkturerholung werden die Wohnbauinvestitionen stützen. Dem steht ein durch den Konsolidierungsdruck der öffentlichen Haushalte getrübt mittelfristiger Ausblick für den Tiefbau gegenüber. Die gesamte Bautätigkeit entwickelt sich daher nur sehr mäßig (2013/2018 +1,1% p. a.).

Das reale verfügbare Einkommen wächst über den Prognosezeitraum mit +1,4% p. a. um 1½ Prozentpunkte stärker als im Durchschnitt 2008/2013. Getragen wird diese Entwicklung vorwiegend vom mittelfristig wieder kräftigeren Anstieg der Vermögenseinkommen, die tendenziell stärker auf den Konjunkturverlauf reagieren und in den Krisenjahren deutlich zurückgegangen sind. Der private Konsum wird 2013/2018 real um 1,0% pro Jahr ausgeweitet werden, und die seit dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beobachtete Zurückhaltung der Haushalte hält an. Der Anstieg der verfügbaren Einkommen fließt demnach nicht vollständig in den Konsum, sondern wird auch zu vermehrter Ersparnisbildung genutzt. Im Zeitraum 2009/2011 reagierten die privaten Haushalte mit Entsparen auf die realen Einkommensverluste und stabilisierten damit ihre Konsumnachfrage. Die Sparquote sank in diesen Jahren um 4,5 Prozentpunkte von 11,2% auf 6,7%. Im Prognosezeitraum wird sie beträchtlich angehoben und nähert sich 2018 mit 9,4% dem langjährigen Durchschnitt.

Die leichte Expansion ermöglicht zwar eine Ausweitung der Beschäftigung (+0,8% im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2018), diese wird aber nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, da das in- und ausländische Arbeitskräfteangebot ähnlich stark zunimmt. Die Arbeitslosenquote dürfte nach einem Höchstwert von 7,9% (gemäß AMS-Definition) im Jahr 2015 bis zum Ende des Prognosehorizonts nur leicht auf 7,7% zurückgehen. Die Zahl der

registrierten Arbeitslosen dürfte auch zum Ende der Prognoseperiode nur knapp unter 300.000 liegen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse

	Ø 2003/ 2008	Ø 2008/ 2013	Ø 2013/ 2018	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Jährliche Veränderung in %								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 2,8	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8
Nominell	+ 4,7	+ 2,2	+ 3,6	+ 2,6	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,5
Verbraucherpreise	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf, real ¹⁾	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7
	Ø 2004/ 2008	Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,6	4,6	5,2	5,1	5,2	5,3	5,2	5,1	5,1
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	6,7	7,1	7,8	7,6	7,8	7,9	7,8	7,7	7,7
	In % des BIP								
Außenbeitrag	4,9	4,0	5,3	4,7	5,0	5,2	5,4	5,5	5,6
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,9	- 3,2	- 0,8	- 2,6	- 1,6	- 1,2	- 0,8	- 0,3	+ 0,2
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 2,2	- 2,8	- 0,6	- 2,2	- 1,4	- 1,0	- 0,6	- 0,2	+ 0,2
Struktureller Budgetsaldo	-	- 2,4	- 0,5	- 1,9	- 1,4	- 1,0	- 0,6	- 0,0	+ 0,4
Staatsschuld	63,1	72,6	71,6	74,6	74,1	73,2	72,0	70,2	68,2
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	10,5	8,4	8,7	7,7	7,9	8,3	8,7	9,0	9,4
	Ø 2003/ 2008	Ø 2008/ 2013	Ø 2013/ 2018	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Jährliche Veränderung in %								
Trend-Output, real	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8
	Ø 2004/ 2008	Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	In % des Trend-Outputs								
Outputlücke, real	+ 0,6	- 0,9	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – ²⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener. – ³⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁴⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, die wichtigste Determinante des inländischen Kostendrucks, erhöhen sich 2013/2018 um 1,4% p. a., die Bruttoreallöhne pro Kopf um 0,6%. Damit nimmt die Differenz zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität von 0,6 Prozentpunkten im Jahr 2014 auf 0,3 Prozentpunkte im Jahr 2018 ab. In diesem Umfeld sollte der Preisauftrieb verhalten bleiben. Für die Periode 2013/2018 wird mit einem Preisanstieg von durchschnittlich 1,7% laut BIP-Deflator und 1,9% laut Verbraucherpreisindex gerechnet.

Wien, am 19. November 2013

Rückfragen bitte am Mittwoch, dem 20. November 2013, zwischen 9 und 18 Uhr, an
Prof. Dr. Karl Aiginger, Tel. (1) 798 26 01/210, Karl.Aiginger@wifo.ac.at
Dr. Peter Huber, Tel. (1) 798 26 01/404, Peter.Huber@wifo.ac.at

Zusätzliche Informationen finden Sie auf der WIFO-Website,
http://konjunktur.wifo.ac.at/fileadmin/documents/pdf/mittelfristig_tabellenanhang.pdf